

Das rassistischste Gesetz Israels ist – vorerst – am zerbröckeln

Das Scheitern der Erneuerung des Staatsbürgerschaftsgesetzes bietet palästinensischen Familien einen Moment des Aufatmens. Vier Schlüsse aus der ersten großen Krise, die die neue Koalition umtreibt.

Edo Konrad, 972mag.com, 06.07.21

Zwischen Dienstag und Mittwoch um Punkt Mitternacht wird eines der drakonischsten anti-palästinensischen Gesetze Israels außer Kraft treten und Tausenden von Palästinensern in den besetzten Gebieten die Möglichkeit geben, die Wiedervereinigung mit ihren Ehepartnern und Familien innerhalb Israels zu beantragen und sich auf den Weg zu machen, die israelische Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Es ist kein Geheimnis, dass die zionistische Linke, lange bevor sie eine Wegbereiterin der diskriminierenden Gesetze Israels war, deren Stammvater war.

Das Gesetz der Staatsbürgerschaft und Einreise nach Israel - allgemein bekannt als das Verbot der Familienzusammenführung - ist eine Notverordnung, die seit seiner Inkraftsetzung im Jahr 2003 während der zweiten Intifada von jeder aufeinander folgenden israelischen Regierung auf jährlicher Basis verlängert wurde. Die frisch vereidigte Regierung scheiterte jedoch an der einfachen Mehrheit während einer tumultartigen Knessetsitzung, die bis in die frühen Morgenstunden des Montags dauerte.

Das Ausserkrafttreten des Gesetzes wird es Palästinensern, denen seit Jahren eines ihrer fundamentalsten Menschenrechte verweigert wird, ermöglichen, den Prozess zur Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung bei ihren Angehörigen in Israel wieder aufzunehmen.

Die Befürworter des Gesetzes argumentieren, dass die Regelung sowohl den Schutz des Landes vor potenziellen Angriffen durch neu eingebürgerte palästinensische Einwohner stärkt, als auch die jüdische demographische Mehrheit schützt, indem sie den Palästinensern den Zugang zur Staatsbürgerschaft versperrt. Israels Oberster Gerichtshof selbst hat das Gesetz zweimal bestätigt, beides mal nur mit einer Stimme Mehrheit.

Der Abstimmungsstreit und das letztendliche Scheitern, die Verordnung zu verlängern, ist für die Regierung in ihrer ersten großen Bewährungsprobe seit dem Sturz des ehemaligen Premierministers Benjamin Netanyahu im Juni eine Quelle der Peinlichkeit gewesen. Netanyahu, der die Chance witterte, die neue Koalition in ihren Grundfesten zu erschüttern, verkündete nun als Oppositionsführer seine Weigerung, die Verlängerung des Gesetzes zu unterstützen, und bringt damit die sich abzeichnenden Risse in der Regierung, die von dem weit rechts stehenden Naftali Bennett geführt wird und in der nationalistische Falken, Zentristen, Liberale und Islamisten zusammengestoppelt wurden, an die Zerreißprobe.

Tagelang versuchte die Innenministerin und Verbündete Bennetts, Ayelet Shaked von der Jamina-Partei, Abgeordnete der islamistischen Ra'am und der zionistischen Linken *Meretz* für die Unterstützung des Gesetzes einzuspannen, vor allem nachdem die Regierung eine Vereinbarung mit den Siedlern von Eviatar getroffen

hatte, den Außenposten vorübergehend zu räumen (während sie gleichzeitig zustimmte, eine Grundlage zu schaffen, um deren Landraub im Herzen der besetzten Westbank zu legalisieren).

Meretz kündigte zunächst an, dass sie das Staatsbürgerschaftsgesetz nicht unterstützen würde.

Am Dienstag entschloss sie sich jedoch, mit der Koalition zu stimmen, nachdem man einen Kompromiss erzielt hatte, wodurch das Gesetz nur um sechs Monate statt um ein Jahr verlängert werden sollte und der es den wenigen Palästinensern in den besetzten Gebieten, die bereits mit palästinensischen israelischen Staatsbürgern verheiratet sind, erlauben würde, einen legalen Status in Form einer temporären Aufenthaltsberechtigung zu erhalten.

Derweil stimmten der *Ra'am*-Vorsitzende Mansour Abbas und sein Kollege Walid Taha beide für die Kompromissversion des Gesetzes. Zwei andere Mitglieder von *Ra'am* enthielten sich der Stimme, während ein Mitglied von Bennetts *Yamina*-Partei gegen das Gesetz stimmte, was die endgültige Abstimmung auf 59:59 brachte.

Folgende vier Erkenntnisse lassen sich aus der ersten politischen Krise der neuen israelischen Regierung erkennen.

Ein kurzer Anlass zum Feiern

Es hat einen bittersüßen Beigeschmack, dass das Ende eines der diskriminierendsten Gesetze Israels in erster Linie das Ergebnis von persönlichen Ressentiments zwischen den jüdischen Parteien Israels ist. Netanياهو's Likud hatte noch nie ein Problem mit der Verlängerung des Staatsbürgerschaftsgesetzes und hat sogar ein bleibendes Grundgesetz vorgeschlagen, das die Einwanderung formal regeln und dem Verbot Verfassungsrang geben würde.

Doch die Risse in Bennetts maroder Koalition, kombiniert mit einem rücksichtslosen Oppositionseinpeitscher, der sich verbissen seinen Weg zurück ins Amt des Premierministers bahnt, bedeutet für die Palästinenser, die zu unsichtbaren Untertanen gemacht und den Launen des israelischen Regimes überlassen worden sind, dass sie nun ein wenig aufatmen könnten.

Diese neue Realität bedeutet, dass Frauen wie Asmahan Jabali, die letzte Woche mit Samah Salaime von +972 sprach, endlich die Chance haben, eine amtlich bestätigte Bewohnerin - und eventuell Staatsbürgerin - von Israel zu werden. Jabali ist in Israel geboren und aufgewachsen und hat einen palästinensischen israelischen Staatsbürger geheiratet, aber weil ihre Eltern aus Tulkarem im Westjordanland stammen, ist sie als Bewohnerin der besetzten Gebiete registriert.

„Tief in meinem Inneren weiß ich, dass das Gesetz durchkommen wird“, sagte Jabali zu Salaime. „Aber es gibt auch immer einen Funken Hoffnung, dass die Menschlichkeit siegen wird und, dass jemand in der Knesset zur Vernunft kommt und versteht, wie sehr seine Stimme mein Leben und das Leben von Tausenden von Frauen beeinflussen kann.“

Die Menschlichkeit hat in dieser Verhandlungsrunde eindeutig nicht gesiegt, und wir können von dieser Regierung auch nicht viel Gutes erwarten, wenn es um die Rechte der Palästinenser auf beiden Seiten der *Grünen Linie* geht. Doch ab Mittwoch können Jabali und ihr Partner den Prozess der Familienzusammenfüh-

rung wieder aufnehmen (das Gesetz gilt nicht rückwirkend, erlaubt aber Antragstellern, die zuvor abgelehnt wurden, sie erneut zu beantragen).

Die Palästinenser mögen voneinander getrennt und einer brutalen Kolonialherrschaft unterworfen sein, aber allein die Tatsache, dass ihre Existenz ausreicht, um das politische Establishment in Aufruhr zu versetzen, ist eine Mahnung, dass die Israelis, so sehr sie es auch versuchen, niemals in der Lage sein werden, die Realität der Apartheid zu ignorieren, die ihre Führung etabliert hat.

Es ist noch nicht vorbei

Jetzt, da das Staatsbürgerschaftsgesetz außer Kraft ist, wird jeder palästinensische Antrag auf Familienzusammenführung zunächst vom *Shin Bet*, dem israelischen Inlandsgeheimdienst, geprüft. Sowie die Behörde den betreffenden Palästinenser von „Sicherheitsrisiken“ entlastet hat, kann der Antrag genehmigt werden.

Der ehemalige IDF-Generalmajor und jetzige Meretz-Abgeordnete Yair Golan beschuldigte die Opposition, „den zionistischen Traum zu verraten“ und zu versuchen, „israelische Bürger in einem Meer von Palästinensern zu ertränken“.

Allerdings kann die Innenministerin, in diesem Fall Ayelet Shaked, persönlich entscheiden, die Anträge abzulehnen oder die Antragsteller mit bürokratischen Hürden zu überhäufen, um den Ansturm einzudämmen, was sie höchstwahrscheinlich auch tun wird. Und doch hat Shaked allen Grund zur Sorge: Sie weiß, dass der Oberste Gerichtshof sie zwingen könnte, einige oder viele der Anträge anzunehmen, vor allem nachdem ihre Koalition es nicht geschafft hat, das Gesetz zu verlängern.

Eben deshalb war es für Shaked so wichtig, das Staatsbürgerschaftsgesetz von vornherein zu verlängern. Und während das Gesetz für den Moment erledigt sein dürfte, könnten Shaked und *Yamina* sehr wohl versuchen, durch die Wiederbelebung einer Kompromissversion in naher Zukunft ihr Gesicht zu wahren, oder indem sie einen ganz neuen Gesetzentwurf vorlegen.

Das wahre Kolorit der zionistischen Linken

Bei den letzten Wahlen führte die liberale *Meretz*-Partei eine vehemente Anti-Besatzungskampagne. Busse und Reklameflächen in ganz Tel Aviv verkündeten die Botschaft, dass nur *Meretz* unter der Führung von Nitzan Horowitz sich der Besatzung und der Siedlungsbewegung entgegenstellen wird. Das Versprechen war nicht ganz aus der Luft gegriffen: Die Partei hat sich schon immer vorgeblich für zwei Staaten eingesetzt und aus den Hinterbänken der Opposition heraus wiederholt gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz gestimmt.

Plötzlich findet sich nun *Meretz* in einer Koalition wieder, die außer der Feindschaft für den ehemaligen Premierminister kaum etwas zusammenhält. Ihre anfängliche Weigerung, das Gesetz zu unterstützen, brachte wenig mehr, als Bennett und Shaked eine Kompromissversion zu entlocken, die es ihnen erlauben würde, ihre Anti-Okkupations-Bekanntnisse aufzufrischen, ohne die Koalition zu sprengen. Mit anderen Worten, *Meretz* würde gegen alles angehen müssen, wogegen sie angeblich kämpft - und dabei signalisieren, wie egal ihnen die Palästinenser eigentlich sind - damit sie in der Regierung verbleibt. Die sechs Knessetabgeordneten

der Partei - darunter zwei Palästinenser, Ghaida Rinawie Zoabi und Issawi Freij, sowie Mossi Raz, ein angesehenen Menschenrechtler - stimmten alle für die Verlängerung des Gesetzes.

Das Gleiche gilt für die Mitte-Links-Partei *Labor*. Während *Labor* in der Vergangenheit das Staatsbürgerschaftsgesetz unterstützt hat, hätte man erwartet, dass unter der neuen Vorsitzenden Merav Michaeli, die versucht hat, die Partei als feministischer und humanistischer als ihre früheren Verkörperungen zu positionieren, die Dinge eine andere Wendung nehmen würden. Und doch stimmten alle Knessetmitglieder der Arbeitspartei wie ihre Vorgänger geschlossen für die Verlängerung des Gesetzes.

Am erstaunlichsten war wohl die Tatsache, dass sogar die *Labor*-Abgeordnete Ibtisam Mara'ana zustimmte, eine palästinensische israelische Staatsbürgerin, die als Film- und Fernsehregisseurin Berühmtheit erlangte und deren Arbeit sich stark auf die Kämpfe der Palästinenser ausgerichtet hat. Ironischerweise führte sie sogar bei einer Folge der arabischen Version von „Sorry for the Question“ Regie - einer Sendung des israelischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks (IPBC), in der die Teilnehmer Fragen zu schwierigen Lebensumständen beantworten - die durch das Staatsbürgerschaftsgesetz getrennten palästinensischen Familien gewidmet ist.

Es ist kein Geheimnis, dass die zionistische Linke, lange bevor sie eine Wegbereiterin der diskriminierenden Gesetze Israels war, deren Stammvater war. Und trotzdem ist es traurig, mitanzusehen, wie diejenigen, die ihren Werdegang damit verbracht haben, sich gegen die Ungerechtigkeiten der Besatzung auszusprechen oder diese aufzuzeigen, auf einmal in aller Ergebenheit hinter den Belangen einer mehrheitlich anti-palästinensischen Koalition stehen.

Wie man einen demographischen Krieg gewinnt

Je nachdem, wen man fragt, wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz entweder als Sicherheitsmaßnahme oder als Mittel zur Begrenzung der Anzahl der in Israel lebenden Palästinenser geschaffen. So betonte z. B. Naftali Bennett während der gesamten Knessetdebatten die Notwendigkeit, Israelis vor palästinensischer Gewalt zu schützen. Tatsache ist, dass das Gesetz zu einer Zeit eingebracht wurde, als bewaffnete Gewalt von Palästinensern gegen Israelis an der Tagesordnung war und es für den Staat ein Leichtes war, es als Sicherheitsmaßnahme zu rechtfertigen.

Doch Jahrzehnte danach forderte Edmond Levy, ein Richter am Obersten Gerichtshof, der das Gesetz bisher als Übergangsregelung unterstützt hatte, seine Abschaffung und verwies auf die Tatsache (vorgebracht von Menschenrechtsgruppen, die eine Petition gegen das Gesetz eingereicht hatten), dass Israel bereits täglich Zehntausende von palästinensischen Arbeitern herein lässt und damit seine angeblichen Sicherheitsargumente untergräbt. Selbst wenn Palästinenser mit israelischer Aufenthaltsgenehmigung Gewalt tatsächlich anwandten, insbesondere während einer Anschlagswelle auf Soldaten und Zivilisten im Jahr 2015, hat Israel nie aufgehört, Arbeitskräfte aus dem Westjordanland passieren zu lassen.

Wenn Sicherheit tatsächlich das vorrangige Thema wäre, würden die Hintergrundüberprüfungen des *Shin Bet* ausreichen, um diejenigen zu identifizieren, die eine reale Bedrohung darstellen.

Bleibt noch das demografische Argument, das der Staat in seinen Gerichtsverfahren nie explizit verwendet hat, da der Höchste Gerichtshof es als verfassungswidrig hätte zurückweisen müssen. Und doch werden,

wenn man auf einige Mitglieder der israelischen Regierungskoalition hört, sie einem genau sagen, warum sie der Meinung sind, dass dieses Gesetz notwendig ist.

„Es besteht keine Notwendigkeit, den Sinn des Staatsbürgerschaftsgesetzes zu verschweigen - es soll eine jüdische Mehrheit im Staat Israel sicherstellen“, sagte Bennetts Koalitionspartner Yair Lapid während einer Sitzung seiner Partei *Yesh Atid* in der Knesset am Montag. Am selben Tag beschuldigte der ehemalige *IDF*-Generalmajor und jetzige *Meretz*-Abgeordnete Yair Golan die Opposition, „den zionistischen Traum zu verraten“ und zu versuchen, „israelische Bürger in einem Meer von Palästinensern zu ertränken“.

Lapid und Golans brutale Ehrlichkeit mag einige Leser schockieren, aber ihre Worte spiegeln die demographische Besessenheit wider, an dem das zionistische Projekt seit seinen Anfangsjahren wie am Tropf hängt. Ihre Äußerungen erinnern daran, dass Israel immer noch mitten in einem kolonialen Prozess steckt, dessen Ziel die territoriale und demographische Vorherrschaft über die Palästinenser ist. Dazu wird es sich auf sicherheitspolitische Rechtfertigungen berufen, gerade weil es seinen ideologischen Zielen nützt.

Aus diesem Grund reden Israelis oft davon, dass sie sich in einem „demographischen Krieg“ befinden, während Palästinenser - naturgemäß Nicht-Juden, die unter einem jüdischen Regime leben, ganz gleich ob sie [israelische] Staatsbürger sind oder nicht - immer wieder als „demographische Bombe“ bezeichnet werden. Das ist genau der Grund, warum palästinensischen Flüchtlingen das Recht verweigert wird, in ihre Heimat zurückzukehren, während man als Jude sofort israelischer Staatsbürger werden kann. Und genau aus diesem Grund wurden in den Anfangsjahren des Staates die *Mizrachi*-Juden in die entvölkerten palästinensischen Dörfer an den Grenzen Israels geschickt. Denn in diesem Land sind Demographie und Sicherheit in einem Tanz gefangen, der nur einem Zweck dient: die jüdische Herrschaft zu festigen und die Palästinenser daran zu erinnern, wer das Sagen hat.

Edo Konrad ist der Chefredakteur des Magazins +972. Er lebt in Tel Aviv und arbeitete zuletzt als Redakteur für „Haaretz“.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/citizenship-law-apartheid-demographics/>